

Jahresabschluss 2011
REMONDIS Ueckermünde GmbH

E. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

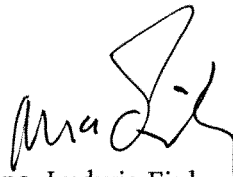
Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Essen, den 27. April 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Andreas Focke
Wirtschaftsprüfer



ppa. Ludwig Fink
Wirtschaftsprüfer



Bilanz zum 31.12.2011

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde

AKTIVA

A. Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
- Unentgeltlich erworbene EDV-Programme
- II. Sachanlagen
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten
2. Technische Anlagen und Maschinen
3. Fuhrpark
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

- III. Finanzanlagen
- Beteiligungen

B. Umlaufvermögen

- I. Vorräte:
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. Fertige Erzeugnisse und Waren
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
4. Sonstige Vermögensgegenstände
- III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

C. Rechnungsabgrenzungsposten

D. Aktive latente Steuern

31.12.2011	31.12.2010
€	€
526,00	1.069,00
711.380,76	754.564,76
75.903,00	51.818,00
627.723,00	783.348,00
50.711,00	100.684,00
1.465.717,76	1.690.414,76
234.858,00	234.858,00
1.701.101,76	1.926.341,76
56.784,23	76.962,47
10.939,05	7.413,78
67.723,28	84.376,25
486.830,80	447.035,89
110.018,90	98.362,96
8.328,94	3.931,38
11.977,02	38.190,22
617.155,66	587.520,45
2.417.111,53	2.452.124,30
3.101.990,47	3.124.021,00
0,00	750,00
282.143,16	289.375,07
5.085.235,39	5.340.487,83

PASSIVA

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Gewinnrücklagen
1. Sonderrücklage nach § 27 Abs. 2 DMBilG
2. Andere Gewinnrücklagen
- III. Jahresüberschuss

B. Sonderposten

Sonderposten für Investitionszuschüsse

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Steuerrückstellungen
3. Sonstige Rückstellungen

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
 3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 4. Sonstige Verbindlichkeiten
- davon aus Steuern 12.582,96 € / Vorjahr 307.396,27 €
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 5.030,43 € / Vorjahr 0,00 €

E. Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2011	31.12.2010
€	€
894.760,79	894.760,79
345.294,59	345.294,59
1.095.268,39	1.355.268,39
1.049.142,57	911.901,87
3.384.466,34	3.507.225,64
3.112,56	3.962,56
188.815,00	205.114,00
456.391,06	457.287,75
413.042,52	460.593,21
1.058.248,58	1.122.994,96
237.234,48	202.740,13
207.953,69	48.792,69
40.159,28	41.016,02
154.060,46	408.736,71
639.407,91	701.285,55
0,00	5.019,12
5.085.235,39	5.340.487,83

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	6.602.633,47	6.154.810,07
2. Erhöhung (Vorjahr Verminderung) des Bestands an fertigen Erzeugnissen	3.525,27	-564,26
3. sonstige betriebliche Erträge	91.929,49	211.836,13
	6.698.088,23	6.366.081,94
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe und für bezogene Waren	312.689,37	173.490,15
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	753.646,97	617.135,33
	1.066.336,34	790.625,48
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.745.069,48	1.870.455,25
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung € 1.200,13 ; Vorjahr € 8.173,28)	375.373,06	372.609,77
	2.120.442,54	2.243.065,02
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	542.172,92	589.453,70
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.484.673,48	1.522.880,81
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	245.628,76
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29.864,56	28.714,16
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.047,58	18.491,75
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.358,46	38.625,81
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.539.016,63	1.474.265,79
13. außerordentliche Erträge	0,00	436,34
14. außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.463,00
15. außerordentliches Ergebnis	0,00	-1.026,66
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (davon latente Steuern € 7.231,91; Vorjahr € 265.389,95)	460.053,70	529.423,29
17. sonstige Steuern	29.820,36	31.913,97
18. Jahresüberschuss	1.049.142,57	911.901,87

Anhang

für das Geschäftsjahr 01.01.-31.12.2011

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde

I. GRUNDLAGEN

Die REMONDIS Ueckermünde GmbH ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 und 4 HGB.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wurde unter Beachtung des HGB, des GmbHG, des DMBilG sowie der Rethmann-Bilanzierungsrichtlinien aufgestellt.

II. ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND AUSWEIS-METHODEN

Im Rahmen der Aufstellung des Anhangs werden für das Berichtsjahr 2011 die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 HGB in Anspruch genommen.

Das Gliederungsschema gemäß § 266 HGB wurde um folgende Positionen erweitert:

- den gesonderten Ausweis der EDV-Programme innerhalb der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens;
- der Fuhrpark wird im Anlagevermögen gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

In der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind jeweils die entsprechenden Vorjahresbeträge angegeben.

Aktiva:

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Dabei werden entgeltlich erworbene EDV-Programme über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden nicht aktiviert.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungskosten, im Fall abnutzbarer Sachanlagen vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen bewertet. Bei vor dem 1.1.2010 angeschafften Sachanlagen werden die planmäßigen Abschreibungen - soweit steuerlich zulässig - degressiv vorgenommen. Sofern die lineare Abschreibung zu höheren Beträgen als die degressive Abschreibung führt, wird ein Wechsel von der degressiven zu der linearen Abschreibung vorgenommen.

Bei Anlagegütern, die nach dem 1.1.2010, angeschafft wurden, erfolgt die Abschreibung näherungsweise gemäß dem tatsächlichen Nutzungsverlauf. Dabei kommt grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Lediglich im Bereich der Fahrzeuge wird weiterhin degressiv abgeschrieben, da dies dem

tatsächlichen Entwertungsverlauf entspricht. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände dauerhaft ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern sind den Abschreibungen der einzelnen Sachanlagegruppen zugrunde gelegt worden:

Gebäude	33 Jahre
Maschinen, maschinelle Anlagen	6-15 Jahre
Fahrzeuge des Entsorgungsbereichs	6 Jahre

Zugänge zu Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten aktiviert. Die Anschaffungskosten umfassen auch Nebenkosten und nachträgliche Anschaffungskosten. Anschaffungspreisminderungen werden abgesetzt. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB.

Abgänge von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufenen Abschreibungen zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens ausgebucht.

Zugänge an **Geringwertigen Wirtschaftsgütern** bis 150 € wird direkt als sonstige betriebliche Aufwendungen erfasst. Als Ausnahme sind die Behälter bis 150 € zu nennen, die weiterhin aktiviert und im selben Jahr voll abgeschrieben werden. In den Jahren 2008 und 2009 wurde für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Nettoanschaffungs- / -herstellungskosten den Betrag von 150 €, nicht aber den Betrag von 1.000 € überschritten, eine Gruppenbewertung vorgenommen. Danach wurde für diese Vermögensgegenstände ein Sammelposten gebildet, welcher im Jahr der Bildung und in den folgenden 4 Geschäftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wurde bzw. fortgeführt wird.

Seit 2010 werden geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 410 € aktiviert und sofort im Monat des Zugangs voll abgeschrieben. Hierbei wird im Anlagengitter der Totalabgang nach Ablauf von 5 Jahren unterstellt.

Bei den **Finanzanlagen** sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen zu Anschaffungskosten bewertet, in Einzelfällen mit dauerhafter Wertminderung zu niedrigeren beizulegenden Werten. Bei Wegfall der Gründe für die Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer und geminderter Verwertbarkeit ergeben, wird durch Wertabschläge Rechnung getragen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren** sind mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Für die Bewertung wurden die letzten Einkaufspreise herangezogen.

Die **fertigen Erzeugnisse** sind zu Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten enthalten die nach § 255 Abs. 2 HGB aktivierungspflichtigen Bestandteile. Auch in den Vorjahren wurden bereits die nun aktivierungspflichtigen Gemeinkostenanteile berücksichtigt.

Der Ansatz von **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen** erfolgt grundsätzlich zu Nennwerten; alle erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko werden durch angemessene Abwertungen berücksichtigt. Einzelrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Deckung des allgemeinen Kreditrisikos wird bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen weiterhin eine Pauschalwertberichtigung des Forderungsbestandes (ohne Umsatzsteuer) vorgenommen. Langfristige unverzinsliche Forderungen und Steuererstattungsansprüche i.S.d. § 37 KStG werden zum Barwert angesetzt.

Wenn die zivilrechtlichen Voraussetzungen für das Bestehen der Aufrechnungslage gegeben sind, werden Forderungen gegen verbundene Unternehmen mit Verbindlichkeiten gegenüber demselben Unternehmen miteinander verrechnet.

Die Bewertung der **liquiden Mittel** erfolgt zu Nennwerten.

Einnahmen bzw. Auszahlungen, die Erträge bzw. Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen, sind im aktiven bzw. passiven **Rechnungsabgrenzungsposten** abgegrenzt.

Die **Rückdeckungsversicherungsansprüche** werden aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens mit dem Deckungskapital bewertet.

Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Altersversorgung (sowie aus Arbeitszeitguthaben) der Mitarbeiter sind entsprechende Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen worden, die dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen sind. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Dieser wird mit den jeweils zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Übersteigt der Vermögenswert die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als "Aktiver Unterschiedsbetrag" auf der Aktivseite der Bilanz.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Zusätzlich werden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern sie sich in einem Zeitraum von 5 Jahren voraussichtlich realisieren. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis eines aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag kombinierten Steuersatzes. Eine sich insgesamt ergebende passive Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer ausgewiesen. Für eine sich insgesamt ergebende Steuerentlastung wird das Aktivierungswahlrecht ausgeübt, der Ausweis erfolgt unter aktive latente Steuern.

Passiva:

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Unter den **Sonderposten** werden erhaltene öffentliche Zuschüsse, Zulagen und Investitionsförderungen zur Anschaffung und Herstellung von Anlagevermögen ausgewiesen.

Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach der Projected-Unit-Credit-Methode bzw. auf der Grundlage der Arbeitsverhältnisse bei der Altersteilzeitrückstellung jeweils unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck und unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 5,13 % bewertet. Es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren. Im vorigen Jahr wurde ein Rechnungszinssatz von 5,17 % zugrunde gelegt. Weiterhin wird unverändert zum Vorjahr eine dynamische Entwicklung der Löhne und Gehälter und der Renten in Höhe von 1,5 % p.a. zugrunde gelegt, sowie eine Fluktuation (dies nicht bei Altersteilzeitverpflichtungen) in Höhe von 3,2 % p.a. unterstellt.

Bei der Bildung der anderen **Rückstellungen** wurde den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind unter Berücksichtigung zukünftiger Preis- und Kostensteigerungen in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist. Sonstige langfristige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung von der Deutschen Bundesbank ermittelt und veröffentlicht wird, abgezinst.

Alle **Verbindlichkeiten** sind zu ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert - rentenähnliche Verpflichtungen zum Barwert unter Verwendung eines fristadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Anlagevermögen:

Das **Anlagengitter** gemäß § 268 Abs. 2 HGB ist dem Anhang beigelegt.

Eine Übersicht über die Anteile an **verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** (Anteilsbesitz) - d.h. die Unternehmen, von denen die Berichtsgesellschaft mindestens 20% der Anteile besitzt - ist dem Anhang als Anlage beigelegt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 36.001,32 €.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht von zusammen 118.347,84 € sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche enthalten.

Eigenkapital:

Das im Handelsregister eingetragene gezeichnete Kapital beträgt 1.750.000,00 DM; ausgewiesen wird der in Euro umgerechnete Betrag (894.760,79 €).

Die Sonderrücklage nach § 27 Abs. 2 DMBilG entspricht dem zum 1. Juli 1990 das gezeichnete Kapital übersteigenden Betrag des bilanziellen Eigenkapitals.

Aufgrund folgender Sachverhalte wurde im Rahmen der BilMoG- Erstbewertung eine Einstellung in die Gewinnrücklage vorgenommen:

- Umgliederung Sonderposten mit Rücklageanteil als Wertberichtigung zum Anlagevermögen enthält in Anspruch genommene Sonderabschreibung gemäß § 4 FöGbG
- Einstellung Passive latente Steuern aus Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil
- Einstellung Aktive latente Steuern aus Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Im Eigenkapital sind folgende zur Ausschüttung gesperrte Beträge enthalten:

	2011
	€
+ Betrag aus der Aktivierung latenter Steuern nach Abzug sonstiger passiver latenter Steuern	282.143,16
= Gesperrter Betrag	282.143,16

Sonderposten:

Der **Sonderposten** für Investitionszuschüsse enthält gewährte öffentliche Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt parallel zur handelsrechtlichen Abschreibung der entsprechenden Vermögensgegenstände.

Pensionsrückstellungen:

Der in der Bilanz ausgewiesene Betrag setzt sich zusammen aus Deckungsvermögen mit einem beizulegendem Zeitwert von 235.163,00 € sowie Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen und Pensionsrückstellungen in Höhe von 423.978,00 €.

Die Überdeckung aus der Beibehaltung der höheren Rückstellungsbeträge gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beträgt zum 31.12.2011 noch 7.544,00 €.

Rückstellungen:

Die sonstigen Rückstellungen wurden vor allem für Verpflichtungen aus dem Personalbereich sowie für ausstehende Eingangsrechnungen gebildet.

Die Überdeckung aus der Beibehaltung der höheren Rückstellungsbeträge gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beträgt zum 31.12.2011 1.401,00 €.

Verbindlichkeiten:

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten geht aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel hervor.

	Gesamt	Restlaufzeiten			Restlaufzeit bis zu einem Jahr 31.12.2010
		Bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	237.234,48	237.234,48	0,00	0,00	202.740,13
- davon Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	42.032,87	42.032,87			0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	207.953,69	207.953,69	0,00	0,00	48.792,69
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.159,28	40.159,28	0,00	0,00	41.016,02
Sonstige Verbindlichkeiten	154.060,46	154.060,46	0,00	0,00	408.736,71
- davon aus Steuern	13.582,96	13.582,96	0,00	0,00	307.396,27
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	5.030,43	5.030,43	0,00	0,00	0,00
	639.407,91	639.407,91	0,00	0,00	701.285,55

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht beinhalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 248.112,97 €.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten:

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält bereits erhaltene Zahlungen für zukünftige Ansprüche sowie bereits vereinnahmte Entsorgungserlöse, bei denen die angenommenen Abfallmengen noch nicht vertragsgemäß verwertet bzw. beseitigt wurden bzw. für Leistungen, die noch nicht vollständig erbracht worden sind.

Weitere Angaben zur Bilanz:

Über die Verwendung des in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschusses in Höhe von 1.049.142,57 € entscheidet die Gesellschafterversammlung.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Sonstige betriebliche Erträge:

In den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende periodenfremde Erträge enthalten:

- Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 17.402,79 €

Es befinden sich Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil in Höhe von 850,00 € in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag:

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten im Umfang von 343.710,28 € das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Aufwendungen für Vorperioden in Höhe von 13.681,51 € enthalten.

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind latente Körperschaftsteuern in Höhe von 3.911,42 € und latente Gewerbesteuern in Höhe von 3.320,49 € enthalten.

V. ERGÄNZENDE ANGABEN

Arbeitnehmerzahlen:

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich beschäftigt:

	2011
Angestellte	10
gewerbliche Mitarbeiter	48
Aushilfen	1
Summe Arbeitnehmer nach § 267 Abs. 5 HGB	59
Auszubildende	6
Gesamtsumme	65

Sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Als sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB sind nach Art und Betrag zu nennen:

	Gesamt	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	€	€	€	€
- aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	5.580,00	5.580,00	0,00	0,00
davon mit verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
- aus sonstigen Verträgen	227.088,00	227.088,00	0,00	0,00
davon mit verbundenen Unternehmen	227.088,00	227.088,00	0,00	0,00
- Bestellobligo	5.429,00	3.816,00	1.613,00	0,00
davon mit verbundenen Unternehmen	5.429,00	3.816,00	1.613,00	0,00
	238.097,00	236.484,00	1.613,00	0,00

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das abgeschlossene Geschäftsjahr teilt sich wie folgt auf:

Honorar für	€
Abschlussprüfungsleistungen	11.760,00 €
andere Bestätigungsleistungen	0,00 €
Steuerberatungsleistungen	1.612,00 €
sonstige Leistungen	1.630,00 €
Summe	15.002,00 €

VI. BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN

Mitgliedschaft im Konzern:

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird gemäß §§ 290 ff. HGB in den Konzernabschluss der REMONDIS AG & Co. KG mit Sitz in Lünen, die den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, sowie in den Konzernabschluss der Rethmann AG & Co. KG mit Sitz in Selm, die den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss der Rethmann AG & Co. KG ist beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers einzureichen und im elektronischen Bundesanzeiger bekannt machen zu lassen.

VII. ANGABEN ZU GESELLSCHAFTSORGANEN

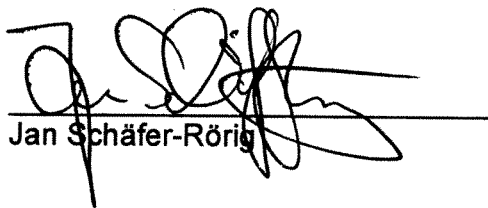
Der **Geschäftsführung** der Berichtsgesellschaft gehörten im Berichtsjahr an:

Jan Schäfer-Rörig
Geschäftsführer
Ueckermünde

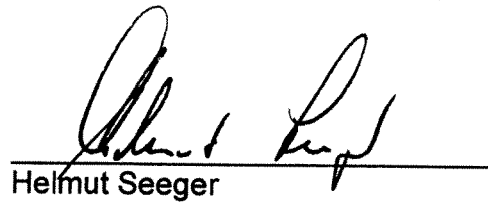
Helmut Seeger
Geschäftsführer
Neubrandenburg

Auf die Angabe der Vergütung für die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wurde gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde
Ueckermünde, den 27. April 2012



Jan Schäfer-Rörig



Helmut Seeger

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde	Anteil in %	Eigenkapital in €	Ergebnis in €	Jahr
- Beteiligungen				
Deponiegesellschaft Ostvorpommern mbH, Spantekow OT Dennin	37,00	458.915,64	35.808,96	2010
Ostmecklenburgisch-Vorpommersche Abfallbehandlungs- und -entsorgungsgesellschaft mbH (ABG), Rosenow	24,5	1.423.959,60	905.508,87	2010

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde

Entwicklung des Anlagevermögens 2011

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			
	01.01.11 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.11 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände EDV- Programme	1.626,96	0,00	0,00	1.626,96
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	2.002.730,29	0,00	0,00	2.002.730,29
2. Technische Anlagen und Maschinen	389.576,36	42.053,21	0,00	431.629,57
3. Fuhrpark	4.098.233,98	210.693,06	47.601,27	4.261.325,77
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.329.173,82	64.186,65	60.878,83	1.332.481,64
	7.819.714,45	316.932,92	108.480,10	8.028.167,27
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	329.957,29	0,00	0,00	329.957,29
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	920.325,39	0,00	0,00	920.325,39
	1.250.282,68	0,00	0,00	1.250.282,68
	9.071.624,09	316.932,92	108.480,10	9.280.076,91

	Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte	
	01.01.11 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.11 €	31.12.2010 €
	557,96	543,00	0,00	1.100,96	1.069,00
	1.248.165,53	43.184,00	0,00	1.291.349,53	711.380,76
	337.758,36	17.968,21	0,00	355.726,57	75.903,00
	3.314.885,98	366.318,06	47.601,27	3.633.602,77	627.723,00
	1.228.489,82	114.159,65	60.878,83	1.281.770,64	50.711,00
	6.129.299,69	541.629,92	108.480,10	6.562.449,51	1.465.717,76
	95.099,29	0,00	0,00	95.099,29	234.858,00
	920.325,39	0,00	0,00	920.325,39	0,00
	1.015.424,68	0,00	0,00	1.015.424,68	234.858,00
	7.145.282,33	542.172,92	108.480,10	7.578.975,15	1.701.101,76
					1.926.341,76

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

REMONDIS Ueckermünde GmbH, Ueckermünde

A. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die REMONDIS Ueckermünde GmbH ist eine Public Private Partnership zwischen der REMONDIS-Gruppe, dem ehemaligen Landkreis Uecker-Randow und der Hansestadt Anklam. Das Serviceangebot dieses Dienstleistungsunternehmens der Wasser- und Kreislaufwirtschaft, das im Land Mecklenburg-Vorpommern im Landkreis Vorpommern-Greifswald tätig ist, erstreckt sich von der Sammlung von Haus-, Sperr- und Biomüll sowie Gewerbe- und Industrieabfall über die Sammlung von Leichtverpackungen, Papier und Glas bis hin zur Durchführung von maschinellen Kehrleistungen und der Erfassung von Abwasser.

Die kommunale Entsorgung erfolgt im Landkreis Vorpommern-Greifswald auf der Grundlage einer langfristigen vertraglichen Bindung, wodurch die Berichtsgesellschaft als beauftragter Dritter des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers fungiert.

Aufgrund der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen im Land Mecklenburg-Vorpommern wurde am 04.09.2011 eine kommunale Kreisgebietsreform vollzogen. Diese reduzierte die Anzahl der Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern von 12 auf 6 und der kreisfreien Städte von 6 auf 2. Dabei gingen die Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern sowie die Hansestadt Greifswald in dem neuen Landkreis Vorpommern-Greifswald auf.

Darüber hinaus besteht seitens Ostmecklenburgisch - Vorpommersche Abfallbehandlungs- und -entsorgungsgesellschaft mbH (ABG) eine langfristige vertragliche Bindung von kommunalen und freien Abfallmengen aus der Stadt Neubrandenburg und den ehemaligen Landkreisen Müritzt, Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow sowie Ostvorpommern, die in der mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage in Rosenow behandelt werden. Neben der Berichtsgesellschaft sind der Ostmecklenburgisch Vorpommersche Verwertungs- und Deponie GmbH sowie die Firma Nehlsen an diesem Unternehmen beteiligt.

Entsprechend der globalen Entwicklung verbesserte sich das Wirtschaftsklima im Euroraum im ersten Halbjahr 2011 deutlich und der konjunkturelle Aufschwung setzte sich zunächst fort. Allerdings trübten sich im dritten Quartal die Erwartungen an die zukünftige konjunkturelle Entwicklung, nicht zuletzt aufgrund der Eurokrise und der Finanzkrisen zahlreicher Mitgliedsländer, ein. Die zunehmende Unsicherheit der Entwicklung des Euroraums und deren gemeinsamer Währung sowie die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft führten zum Ende des Geschäftsjahrs zu ersten spürbaren Produktionsrückgängen.

In der Gesamtbetrachtung des Jahres 2011 reagierten die Märkte mit Nachfrageanstieg, der zu Produktionssteigerungen mit wachsendem Rohstoffbedarf führte. Das gewerbliche Abfallaufkommen nahm zu. Die Nachfrage nach Rohstoffen betrifft in der Kreislaufwirtschaft vor allem die Vermarktung von Sekundärrohstoffen wie FE- und NE-Schrott, Altpapier und Kunststoffe. Die Sekundärrohstoffpreise lagen auf dem Niveau des Vorjahres bzw. teilweise temporär geringfügig darüber, wobei die Berichtsgesellschaft von dieser Entwicklung durch einen entsprechenden Erlös- und Ergebnisanstieg profitiert hat.

Bereits im Vorjahr hatte die Berichtsgesellschaft die Ausschreibung über den Vertrag zur Sammlung von Leichtverpackung im Gebiet des ehemaligen Landkreises Uecker-Randow mit der Laufzeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2013 für sich entschieden und während des Berichtsjahrs entsprechend geleistet. Im regionalen Einzugsgebiet der Berichtsgesellschaft standen im Jahr 2011 keine Ausschreibungen der Duales System Deutschland GmbH, so dass auch keine Verträge mit der Laufzeit 2012 bis 2014 hinzugewonnen werden konnten.

Am 28.10.2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) mit der die EU-Abfallrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurde. Der Bundesrat hatte sich dem verabschiedeten Gesetz nicht anschließen können und beschloss in seiner Beratung am 25.11.2011, den Vermittlungsausschuss einzuberufen, der in seiner Sitzung am 08.02.2012 einen Kompromiss zwischen Bundestag und Bundesrat erreichte. Die grundsätzlichen Aussagen des verabschiedeten Gesetzes blieben jedoch unverändert. Damit ist von einer endgültigen Verabschiedung und zeitnahen Inkraftsetzung des Gesetzes auszugehen.

In seiner jetzigen Fassung enthält das Gesetz in Sachen Wertstofftonne lediglich die verordnungsrechtlichen Grundlagen für die Einführung einer einheitlichen Tonne zur Erfassung von Verpackungen und sonstigen stoffgleichen Materialien. Aussagen zur Kostenträgerschaft und zur genauen Ausgestaltung werden nicht gemacht. Die konkreten rechtlichen Regelungen sollen erst 2012 in einem ergänzenden Wertstoffgesetz verabschiedet werden. Das Gesetz bietet gewerblichen Sammlern wie REMONDIS dabei nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit, mit kommunalen Aufgabenträgern in den Wettbewerb um die haushaltsnahe Erfassung von Wertstoffen zu treten.

Aufgrund der „Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst“ galt für alle in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer ab dem 1. Januar 2011 ein Mindestlohn von 8,24 € pro Stunde. Ab dem 1. November 2011 wurde der Mindestlohn auf 8,33 € pro Stunde angehoben.

Seit der Einführung von Maßnahmen zur Beschleunigung der Rechnungslegung sowie des Mahn- und Inkassoverfahrens in 2009 konnte die Berichtsgesellschaft ihr Forderungsmanagement weiterhin verbessern. Es wird genauso verstärkt auf die Bonität der Kunden geachtet und sowohl bei der Akquise von Neukunden als auch bei Vertragsänderungen von Bestandskunden die Zahlungsarten Vorkasse oder Bankeinzug vereinbart.

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahrs kann insgesamt als positiv bewertet werden, neben einer Verbesserung zum Vorjahr lässt sich eine deutliche Steigerung gegen-

über dem Plan verzeichnen. Ursachen hierfür waren die anziehende Konjunktur im freien Bereich und die damit einhergehende positive Auftragsentwicklung sowie gestiegene Vermarktungspreise. Demgegenüber stehen allerdings auch Preissteigerungen insbesondere bei den Kraftstoff- und Materialkosten.

Die Kapazitäten der Gesellschaft waren während des gesamten Berichtsjahrs gut ausgelastet.

Die Investitionen des Jahres 2011 dienten vor allem der Substanzerhaltung sowie der Produktivitätssteigerung in den bereits erschlossenen Geschäftsfeldern. Die Zugänge im Sachanlagevermögen betrugen 317 T€, denen Abschreibungen von 542 T€ gegenüber standen.

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 58 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 59 MA jeweils ohne Auszubildende und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse). Die Anzahl der angestellten Mitarbeiter blieb unverändert. Im Bereich der gewerblichen Mitarbeiter ging die Anzahl von 49 auf 48 um 1 zurück. Die Anzahl der Auszubildenden und der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse blieb ebenfalls unverändert.

B. Ertragslage

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 6.603 T€ (Vorjahr: 6.155 T€). Der Gesamtumsatz wurde mit 48,6 % im Bereich Kommunale Entsorgung, mit 21,4 % über die dualen Systemen, mit 19,3 % über den Bereich Gewerbe und Vermarktung, mit 6,9 % über Aufbereitungs- und Entsorgungserlöse und mit 3,9 % über sonstige Dienstleistungen erzielt.

Der Umsatz mit verbundenen Unternehmen der Rethmann-Gruppe betrug 735 T€.

Im Berichtsjahr ergibt sich eine Umsatzerhöhung von 448 T€. Wesentlich dafür waren der ab 01.01.2011 gültige Glassammelvertrag im Landkreis Ostvorpommern, der allgemeine Nachfrageanstieg im gewerblichen Bereich sowie die höheren Vermarktungspreise für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) und Schrott.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 120 T€ gesunken. Dies resultiert aus geringeren Rückstellungsauflösung, dem Rückgang der Anlagenverkäufe sowie dem Wegfall der Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Parallel zu dem gestiegenen Umsatz hat sich auch der Aufwand des Berichtsjahrs erhöht. Wesentliche Posten waren Einkauf von Wertstoffen in Höhe von 96 T€ und Einkauf der Gelben Säcke in Höhe von 42 T€. Diese resultieren aus dem allgemeinen Preisanstieg sowie höheren Rückvergütungen für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK). Verbunden mit der höheren Auftragslage musste vermehrt Fremdpersonal eingesetzt werden, dadurch stiegen die Fremdpersonalkosten um 35 T€. Die Aufwendungen für Fremdleistungen haben sich um 89 T€ aufgrund der Subunternehmerleistungen für den Glassammelvertrag im Landkreis Ostvorpommern sowie des allgemeinen Preisanstiegs erhöht.

Durch Umsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen sank der Personalaufwand um 123 T€ auf 2.120 T€.

Bei auf 542 T€ (Vorjahr: 589 T€) gesunkenen Abschreibungen ergab sich ein geringerer sonstiger betrieblicher Aufwand von 1.485 T€ (Vorjahr: 1.523 T€). Dieser Rückgang resultiert in erster Linie aus den verminderten Rechts- und Beratungskosten um 48 T€ sowie dem Wegfall der Verluste aus Anlagenabgängen von 15 T€ und wurde größtenteils durch die um 36 T€ gestiegenen Kfz-Kosten sowie höhere EDV-Kosten von 12 T€ aufgezehrt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Berichtsjahres wird mit 1.539 T€ ausgewiesen. Es zeigt sich gegenüber dem Vorjahr ein Ergebnisanstieg in Höhe von 65 T€.

Demnach ergibt sich ein um 137 T€ höherer Jahresüberschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres mit 1.049 T€ (Vorjahr: 912 T€).

Die Rentabilität der Gesellschaft stellt sich somit wie folgt dar:

	2011	2010
Gesamtkapitalrentabilität	20,70%	17,80%
Eigenkapitalrentabilität	31,00%	26,00%

Gesamtkapitalrentabilität = ((Jahresüberschuss + Zinsaufwand) x 100%) / Gesamtkapital zum Bilanzstichtag
 Eigenkapitalrentabilität = (Jahresüberschuss x 100%) / Eigenkapital zum Bilanzstichtag

	2011	2010
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in T€	1.447	1.817
Wertschöpfung in T€	5.623	5.567
Cashflow-Wertschöpfungsquote in %	25,73%	32,64%

Cashflow = Jahresüberschuss vor EE-Steuern abzgl. Gewerbesteuern zzgl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen zzgl. Abschreibungen auf Finanzanlagen zzgl. der Abnahme bzw. abzgl. der Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind zzgl. der Zunahme bzw. abzgl. der Abnahme der Rückstellungen zzgl. der Zunahme bzw. abzgl. der Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

Wertschöpfung = Umsatzerlöse zzgl. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen zzgl. sonstige betriebliche Erträge abzgl. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren abzgl. Aufwendungen für bezogene Leistungen

C. Finanzlage

Cashflow aus operativer Tätigkeit:

Für die Finanzierung des Geschäfts standen im Berichtsjahr ausreichend Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.447 T€. Der Finanzmittelfonds weist einen Wert von 2.417 T€ aus (Vorjahr: 2.452 T€).

Cashflow aus Investitionstätigkeit:

Im Berichtsjahr werden Zugänge zu den Anschaffungskosten-/Herstellungskosten in Höhe von 317 T€ ausgewiesen. Der Hauptteil von 211 T€ entfällt auf den Fuhrpark. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen lag bei 310 T€ (Vorjahr: 210 T€).

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit betrug 1.172 T€. Er resultiert aus der Ausschüttung an die Gesellschafter.

D. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 255 T€ auf 5.085 T€ (Vorjahr: 5.340 T€). Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die zusätzliche Ausschüttung aus den Gewinnrücklagen zurückzuführen.

Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Anlagevermögen um 12 % bzw. 225 T€ ab. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen lagen um 225 T€ über den entsprechenden Zugängen des Berichtsjahres.

Der Rückgang des Umlaufvermögens um 1 % bzw. 30 T€ resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Vorräte um 17 T€, der sonstigen Vermögensgegenstände um 26 T€ sowie der aktiven latenten Steuern um 7 T€. Mit dem Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 56 T€ hat sich das Guthaben bei Kreditinstituten zum Ende des Berichtsjahres um 35 T€ vermindert.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich das Eigenkapital um 123 T€ auf 3.384 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 66,55 %.

	2011	2010
Eigenkapital in T€	3.384	3.507
Bilanzsumme in T€	5.085	5.340
Eigenkapitalquote in %	66,55%	65,67%

Eigenkapital = gezeichnetes Kapital zzgl. Gewinnrücklagen (jeweils zum Stichtag)

Bilanzsumme = Summe Aktiva oder Summe Passiva

Die Rückstellungen lagen mit 1.058 T€ um 65 T€ unter dem Vorjahresniveau von 1.123 T€. Zum Bilanzstichtag war zur Diskontierung von Pensionsrückstellungen ein Zinssatz von 5,13 % (Vorjahr: 5,17 %) heranzuziehen. Unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme im Geschäftsjahr verminderte sich die Rückstellung auf 189 T€. Die stille Reserve aus der Ausübung des Wertbeibehaltungs- und -fortführungswahlrechts in Zusammenhang mit der BilMoG-Umstellung minderte sich auf 9 T€. Des weiteren verringerten sich die sonstigen Rückstellungen, überwiegend im Personalbereich sowie für ausstehende Rechnungen, um 48 T€.

Die Verbindlichkeiten sanken im Berichtsjahr um 62 T€ auf 639 T€ (Vorjahr: 701 T€). Dabei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 193 T€ auf 485 T€ (Vorjahr: 292 T€). Dagegen sanken die sonstigen Verbindlichkeiten um 255 T€ auf 154 T€ (Vorjahr: 409 T€). Die Veränderungen resultieren aus dem laufenden Geschäft.

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

F. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Zur Erfassung der Risiken und Chancen und zum Umgang mit diesen nutzen wir wirksame Steuerungs- und Kontrollinstrumente. Zudem ist unsere Gesellschaft in das konzernweite, formalisierte und dokumentierte Risikofrüherkennungssystem der Rethmann AG & Co. KG einbezogen.

Zusätzlich zum Ad-hoc-Reporting werden halbjährlich die zum vorhergehenden Halbjahr aufgetretenen Änderungen in das Risikomanagement eingearbeitet, dokumentiert und über das entsprechende Berichtswesen kommuniziert.

Die Berichtsgesellschaft ist in das monatliche Ergebnisreporting und die jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung eingebunden. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaften überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine verbesserte Früherkennung von Fehlentwicklungen ermöglicht.

Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, sind derzeit nicht bekannt.

Um dem im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise stark gestiegenen Ausfallrisiko von Leistungsforderungen durch Zahlungsunfähigkeit von Kunden zu begegnen, wurden bereits im Jahr 2009 die organisatorischen Abläufe dahingehend verändert, dass eine schnellere Rechnungslegung sowie eine konsequent beschleunigte Forcierung des Mahn- und Inkassoverfahrens erreicht wurde. Dazu wurde eigenständig eine Software zur Forderungsverfolgung programmiert, die den Niederlassungen, Teilen des Vertriebs sowie der Buchhaltung zur Verfügung steht. Die Software baut auf den bestehenden Modulen Vertragsverwaltung sowie Finanzbuchhaltung auf und liefert schnell und übersichtlich einen Überblick über Forderungen sowie die bevorstehenden Maßnahmen des Mahn- und Inkassoverfahrens. Die Software wird künftig um zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten ergänzt, um eine noch höhere Transparenz sowie einen höheren Komfort bei der Nutzung zu erzielen.

Um zukünftige Forderungsausfälle zu minimieren, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vertriebs sowie der Inkasso- und Debitorenbuchhaltung geschult; sie achten nun verstärkt auf die Bonität sowohl von privaten als auch gewerblichen Kunden. Bei der Akquise von Neukunden als auch bei Vertragsänderungen von Bestandskunden werden vor Auftragsannahme verstärkt Informationen über Auskunftsteilen abgefragt und zusätzlich die Zahlungsarten Vorkasse oder Bankeinzug vereinbart.

Die REMONDIS-Gruppe verfügt über erhebliche Kreditlinien bei Banken sowohl für Finanzierungen als auch für Cash-Management-Abwicklungen. Diese Konzernlinien werden den Konzerngesellschaften auf Basis der Mithaft der REMONDIS AG & Co. KG zur Verfügung gestellt. Die Linien stehen auch der daran teilnehmenden Berichtsgesellschaft zur Verfügung und waren zum Jahresende zum überwiegenden Anteil nicht ausgeschöpft. Die Einhaltung der für diese REMONDIS-Kredite mit den Banken auf Ebene des Konzernabschlusses der REMONDIS AG & Co. KG vereinbarten Covenants war jederzeit gewährleistet.

Das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommerns registriert bereits seit Jahren eine Abwanderung von Einwohnern und Gewerbe in den Landkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern. Diese Entwicklung wird langfristig zu einem Rückgang des Marktpotenzials der Berichtsgesellschaft führen. Zusätzlich wird die Berichtsgesellschaft durch ihre Beteiligung an der ABG mittel- bis langfristig durch den Preisverfall der Verwertungs- und Aufbereitungskapazitäten indirekt betroffen sein. Die Geschäftsführung wird diese Entwicklung genau verfolgen und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen einleiten.

Bedingt durch die wirtschaftliche und demographische Entwicklung wurde in Mecklenburg-Vorpommern eine Kreisgebietsreform durchgeführt. In deren Folge werden die Vertragsgebiete über die kommunale Abfallentsorgung neu zugeschnitten und es wird eine europaweite Ausschreibung erwartet. Im Vorfeld dieser Veränderungen werden insbesondere Laufzeiten bei den Verträgen mit den dualen Systemen harmonisiert. So läuft der Vertrag über die Sammlung von LVP im Landkreis Uecker-Randow noch bis 2013 und es wird davon ausgegangen, dass er bis Ende 2014 verlängert wird. Im Landkreis Ostvorpommern wird der LVP Sammelvertrag in 2013 neu ausgeschrieben.

Der Vertrag über die Erfassung von Glas im Landkreis Ostvorpommern läuft noch bis 2012 und wird ebenfalls um ein Jahr bis 2013 verlängert. Der Vertrag über die Glaserfassung im Landkreis Uecker-Randow hat eine Laufzeit bis 2013. Danach werden im Zuge der Kreisgebietsreform die Landkreise Ostvorpommern, Uecker-Randow und ein Teilgebiet des Landkreises Demmin zu einem Gebiet zusammengefasst und für 3 Jahre von 2014 bis 2016 neu ausgeschrieben. Ab 2017 wird es nur noch ein Großgebiet Landkreis Vorpommern-Greifswald mit gleichen Vertragslaufzeiten geben.

REMONDIS sieht sich aufgrund der flächendeckenden Organisationsstruktur gut positioniert, die Herausforderungen, die sich aus dem novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetz ergeben, zu erfüllen und potenzielle Chancen, die sich aus einem erhöhten Anschlussgrad im Bereich der Bioabfallsammlung und -verwertung, der Freigabe der gewerblichen Sammlung oder der Einführung einer Wertstofftonne, zu nutzen.

Die konservative Planung der REMONDIS Ueckermünde GmbH zeigt für 2012 ein Ergebnis, das leicht unter dem Vorjahresniveau aber deutlich oberhalb der Planung 2011 liegt. Ein positives Ergebnis auf dem Niveau von 2012 wird auch für das Jahr 2013 erwartet. Die Beteiligungen der Berichtsgesellschaft planen für die nächsten beiden Jahre ebenfalls positive Ergebnisse.

REMONDIS Ueckermünde GmbH

Ueckermünde, den 27.04.2012



Jan Schäfer-Rörig



Helmut Seeger